



Betreff: Stellungnahme Föderalismusreform Juso-Hochschulgruppen

Berlin, 26.05.06

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Anhang erhalten sie die Stellungnahme des Bundesverbands der Juso-Hochschulgruppen zu den geplanten Änderungen der großen Koalition in den Bereichen Bildung und Forschung. Über eine Berücksichtigung der von uns kritisch benannten Punkte würden wir uns freuen. Wir wünschen der Anhörung einen guten und produktiven Verlauf.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'D. Thürauf'.

Daniel Thürauf
Bundesgeschäftsführer Juso-HSGn

Juso-Hochschulgruppen
Hausadresse:
Wilhelmstr. 140
10963 Berlin
Postadresse:
Willy-Brandt-Haus
10911 Berlin

Telefon: (030) 25991-285
Fax: (030) 25991-415

E-Mail: juso-hsg@spd.de
Internet: www.juso-hochschulgruppen.de

Stellungnahme der Juso-Hochschulgruppen zur Föderalismusreform

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die Juso-Hochschulgruppen lehnen den vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes ab und bitten Sie, dem Entwurf nicht zuzustimmen. Es handelt sich um ein mit der heißen Nadel gestricktes Prestige-Projekt für die angebliche Handlungsfähigkeit der großen Koalition. Die Vorschläge gehen an den bildungspolitischen Realitäten vorbei. Darüber hinaus lehnen wir Juso-Hochschulgruppen das implizit hinter der Reform stehende Bild eines Wettbewerbsföderalismus ab. Wir fordern die Bundesregierung auf, die vereinbarten Reformen erneut zu überprüfen und für die Kompetenzen im Bildungsbereich Neuordnungen vorzunehmen, die den bestehenden Problemen gerecht werden und sie nicht noch verstärken. Eine sinnvolle Reform der föderalen Strukturen muss an den bestehenden Mängeln des Bildungssystems ansetzen und diese beseitigen.

Das deutsche Bildungssystem ist bereits heute durch eine ungleiche Verteilung von Bildungschancen und hohe Mobilitätshindernisse gekennzeichnet. Diese Mängel sind auch bedingt durch die Dominanz der Länder in der Bildungspolitik. Eine Reform unter dem Leitbild des Wettbewerbsföderalismus würde diese Situation noch verschärfen. Denn es handelt sich hier um einen Wettbewerb, bei dem Sieger und Verlierer aufgrund der vollkommen unterschiedlichen Ausgangslagen schon vorher feststehen. Die wahren Verlierer sind aber nicht die entsprechend finanzschwächeren Länder, sondern die Kinder, die das Pech haben, in einem solchen Bundesland zu wohnen. Wir Juso-Hochschulgruppen lehnen daher das Modell des Wettbewerbsföderalismus klar ab. Etliche Errungenschaften wie die Einführung des BAföG, die Öffnung der Hochschulen oder der Ausbau der Ganztagschulen wären ohne den Bund nicht möglich gewesen. Wir fordern eine Reform der föderalen Strukturen, die diesen Ansprüchen gerecht wird. Wir setzen dem Konzept eines Wettbewerbsföderalismus das Modell des kooperativen Föderalismus entgegen.

Die Föderalismusreform wird im Bereich der Hochschulpolitik zu gravierenden Veränderungen führen. Vor allem werden in Zukunft die Länder weitgehend alleine für die Universitäten und Fachhochschulen zuständig sein. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen, vor denen die Hochschulen stehen, halten wir Juso-Hochschulgruppen dies für unverantwortlich insbesondere gegenüber den Studierenden. Neben der Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge kommt auf die Hochschulen in den nächsten Jahren die Aufgabe zu, ihre Lehrkapazitäten den steigenden Studierendenzahlen anzupassen. Gerade in dieser Situation sind die Länder – insbesondere die finanzschwachen unter ihnen – auf die aktive Mithilfe des Bundes angewiesen. Deshalb drängt sich die Frage auf, warum mit der Föderalismusreform das Zusammenwirken von Bund und Ländern rechtlich so kompliziert wie irgend möglich gestaltet werden soll. Obwohl die Mängel in der Lehre, insbesondere Kapazitäten, aber auch Qualität betreffend, als bundesweite Probleme erkannt sind, muss der Umweg einer Bundesförderung für die Forschung gewählt werden, der mit der Hoffnung verbunden wird, dass die Länder ihrerseits dann stärker in die Lehre investieren werden. Warum insbesondere Länder, die seit Jahren auf kleine, feine Spitzenforschungseinrichtungen setzen und den Bereich der Lehre bewusst massiv vernachlässigen, ihre politischen Prioritäten plötzlich ganz neu setzen sollten, indem sie tatsächlich mehr Studierenden eine bessere Lehre

anbieten, bleibt ein Rätsel. Das Beispiel Ganztagschulprogramm hat eindrucksvoll bewiesen, dass bundespolitische Anstöße positiven bildungspolitischen Entwicklungen eine Dynamik verleihen können, die auf der Landesebene alleine nie hätte entstehen können. Die Hochschulen brauchen genau diese Dynamik, um gleichzeitig den umfassenden inneren Umgestaltungsprozessen – Stichwort BA/MA-Studiengänge – und den glücklicherweise stark steigenden Studierendenzahlen begegnen zu können. Wir Juso-Hochschulgruppen fordern deshalb im Bildungs- wie Hochschulbereich gesetzliche Regelungen, die eine aktive Rolle des Bundes stärken anstatt ihn zu schwächen. Hochschulsonderprogramme müssen auch in Zukunft möglich sein.

Der viel beschworenen Zielsetzung einer Entflechtung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern steht ein zentrales Element der Föderalismusreform diametral entgegen. Die neue Abweichungsgesetzgebung stellt ein zentrales Strukturprinzip des Grundgesetzes auf den Kopf. Bisher galt: „Bundesrecht bricht Landesrecht.“ Nun soll gelten: Bundesrecht gilt erst nach sechs Monaten und nur dann, wenn die Länder nicht vorher davon abweichen. Damit würde keineswegs mehr Zurechenbarkeit und Transparenz von Entscheidungen geschaffen, sondern eher das Gegenteil erreicht. Wir Juso-Hochschulgruppen lehnen das Abweichungsrecht deshalb ab.

Erfasst werden von der Abweichungsgesetzgebung neben dem Jagdwesen, dem Naturschutz und der Landschaftspflege, der Bodenverteilung, der Raumordnung sowie dem Wasserhaushalt auch Hochschulzulassung und Hochschulabschlüsse. Die Regelungen der Zulassung zu einem Hochschulstudium sowie der Vergleichbarkeit der Abschlüsse scheinen jedoch weit gravierender als die anderen Bereiche die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu betreffen. Schon heute stehen aber junge Menschen, die ein Studium aufnehmen wollen, vor einem hochschulpolitischen Flickenteppich. Von einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse kann nicht mehr die Rede sein. Trotz Hochschulrahmengesetz sind bereits heute bundesweit einheitliche Regelungen des Hochschulzugangs eine Illusion.

Noch problematischer scheint uns die Regelung der Hochschulabschlüsse zu sein. Einerseits werden die Hochschulen und speziell die Studierenden durch die größtenteils uncreative und überstürzte Einführung einheitlicher europäischer Abschlüsse unter Druck gesetzt – andererseits sollen nun die Länder die Erlaubnis bekommen, hier eigene Regelungen zu treffen. Unschwer erkennbar scheint, dass der Sicherung europäischer und internationale Mobilität das Abweichungsrecht eher im Wege stünde.

Wir lehnen deshalb das Abweichungsrecht zumindest in den Bereichen Hochschulzulassung und Hochschulabschlüsse ab und fordern Sie dringend auf, hier Veränderungen an den Gesetzentwürfen vorzunehmen.